

ROBIN WOOD

Gewaltfreie Aktionsgemeinschaft für Natur und Umwelt e.V.

Bremer Str. 3, 21073 Hamburg, T. 040 3808920, geschaeftsstelle@robinwood.de

An das
Niedersächsische Ministerium
für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz
Ministerin Otte-Kinast
Calenberger Straße 2
30169 Hannover

cc an:

- BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Landesverband Niedersachsen, Josef Voß
- Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz des niedersächsischen Landtages: Hermann Gruppe (FDP), Miriam Staudte (Bündnis 90/Die Grünen), Thordies Hanisch (SPD), Helmut Dammann-Tamke (CDU)
- Deutscher Bauernverband (DBV): Bernhard Krüsken
- Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft (ABL): Ulrich Jasper
- Wir haben es satt! Kampagnenleitung: Saskia Richartz
- Bioland: Marta Fröhlich
- Bioland Niedersachsen/Bremen: Harald Gabriel
- Naturland: Hubert Heigl, Hans Bartelme, Peter Warlich
- Agrarbündnis Niedersachsen: Ottmar Ilchmann
- Kompetenzzentrum Ökolandbau Niedersachsen GmbH
- Bund ökologischer Lebensmittelwirtschaft (BÖLW)

Offener Brief von Karl-Heinz Hanken mit Unterstützung von ROBIN WOOD

Sehr geehrte Frau Ministerin Otte-Kinast,

ich wende mich an Sie, weil in Ihrem Ministerium Nachhaltigkeit und Ökologie groß geschrieben werden und das Land Niedersachsen Werbung macht mit dem vielfältigen Angebot an Ökolandbau. Gleichzeitig passieren inakzeptable Eingriffe in den Ökolandbau, die nur politisch unterbunden werden können.

Ich bewirtschafte seit 35 Jahren einen landwirtschaftlichen Betrieb nach Bioland-Richtlinien im Landkreis Vechta. Das ist hier eine Seltenheit, denn die Region Südoldenburg ist mit ihren Landkreisen Vechta und Cloppenburg die Hochburg der Massentierhaltung von Schweinen und Geflügel in Deutschland.

Zur Zeit bewirtschafte ich ca. 20 Hektar landwirtschaftliches Nutzland. Ich baue Gemüse, Kartoffeln und Brotgetreide an und vermarkte meine Produkte regional. Das heißt kurze Betriebswege und damit weitere ökologische Vorteile in der Wertschöpfungskette.

Es gibt eine von mir gepachtete Fläche mit einer Größe von ca. 3,5 ha, die direkt an meinen Hof grenzt. Sie wird seit 12 Jahren von mir ökologisch bewirtschaftet. Diese Fläche möchte der Eigentümer jedoch ab dem kommenden Jahr an einen großen Schweinemastbetrieb aus der Gemeinde verpachten - aus persönlichen Gründen, sagt er. Dabei ist es keineswegs mehr als persönlich zu bezeichnen, wenn man sich die ökologischen Auswirkungen der Umnutzung vor Augen führt.

Der Schweinemäster benötigt die Fläche nämlich in erster Linie als Gülleenachweisfläche für die Expansion seiner Schweinemastanlagen.

Wie Sie wissen, ist die landwirtschaftliche Nutzfläche der begrenzende Faktor der Massentierhaltung. Je mehr Gülle die Tiere produzieren, desto größer muss der Betrieb sein, um die Gülle auf den hofeigenen Flächen zu "entsorgen". Land in unserer Region ist rar und teuer. Kleine Betriebe haben kaum eine Chance auf Land, außer sie besitzen es seit Jahrzehnten oder haben lange Pachtverträge. Riesige konventionelle Landwirtschaftsbetriebe reihen sich an riesige Tiermast-Betriebe. Was das mit den Böden und der biologischen Vielfalt anrichtet, ist katastrophal. Durch den massiven Zukauf von Sojafuttermitteln aus Übersee produzieren die Tiere Gülle, die zu einem belastenden Stickstoffüberschuss im System führt. Eine Folge davon ist die Nitratanreicherung im Grund- und Trinkwasser. Auch die Artenvielfalt geht zurück. Ehemals ökologisch bewirtschaftete Flächen verlieren ihre wertvollen und nachhaltigen Bestandteile und ihre Fruchtbarkeit wird auf ein Minimum reduziert. Zudem ist die Massentierproduktion für einen anonymen Markt gedacht. Nach rein ökonomischen Aspekten ist der Anbau von Kulturen für den regionalen Markt uninteressant. Es interessiert die Schweinevermarktung auf internationaler Ebene für den maximalen ökonomischen Profit. Der ökologische Preis, den wir alle dafür zahlen, wird nicht berücksichtigt.

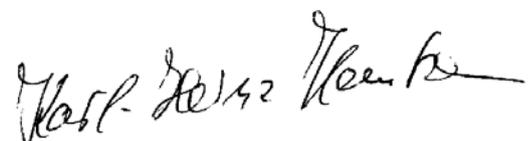
So kann es nicht weiter gehen! Diese Flächenübernahme ist ein Symbol für das, was falsch läuft in Politik und Praxis des Agrarsystems. Es geht nicht um viel Land. Aber es geht um einen Einzelfall, der exemplarisch das Versagen einer ökologischen Agrarwende aufzeigt. Schließlich ist es die Düngeverordnung, die eigentlich der Umwelt zugute kommen soll, aber in meinem Fall dem Ökolandbau schadet.

Hier sind Sie gefragt, ökologische Alternativen politisch durchzusetzen. Ich bitte Sie als Landwirtschaftsministerin: Retten Sie die kleinen ökologischen Inseln, die noch in der ansonsten konventionell bewirtschafteten Region zu finden sind! Es besteht dringender Handlungsbedarf für den Schutz und Erhalt ökologisch nachhaltig und langfristig umgestellter Acker- und Grünlandflächen.

Die Umweltorganisation ROBIN WOOD unterstützt meine Forderungen mit Nachdruck. Aus unserer Sicht sind folgende politische Maßnahmen notwendig:

- ein Vorpacht- und Vorkaufsrecht für vormalig pachtende Ökolandbetriebe oder andere Akteure, die das Land vor einer ökologischen Verschlechterung schützen. Nutzen Sie zum Beispiel den Spielraum zur Förderung einer nachhaltigen Landwirtschaft, den die EU den Ländern im Bezug auf die Ausübung des Vorkaufsrechts überlässt.
- ein Verschlechterungsverbot für Böden. Beispielsweise dürfen agrarische Flächen, die einige Jahre biologisch bewirtschaftet wurden, nicht mehr einer konventionellen Landwirtschaft oder gar als Güllenachweisflächen zur Verfügung stehen.
- verbindliche Ziele für den Zuwachs an ökologisch bewirtschafteter Agrarfläche in Niedersachsen und ein entsprechender Maßnahmenplan.
- die Reduzierung der Tiermast auf ein Maß, das die Ökosysteme nicht gefährdet.
- eine stärkere Ausrichtung der staatlichen Förderung der Landwirtschaft nach ökologischen Kriterien.

Mit freundlichen Grüßen,



Karl-Heinz Hanken